Dresdner Neueste Nachrichten

08. November 2016

Großprojekte auf Kosten der freien Kulturszene

Kritik von Netzwerk Kultur und Kulturbeirat

VON MICHAEL BARTSCH

Wenn heute der Kulturausschuss des Stadtrates tagt, wird er sich auch mit Interventionen des Netzwerks Kultur und des Dresdner Kulturbeirates zum Entwurf des Doppelhaushaltes 2017/18 konfrontiert sehen. Das Netzwerk, ein Zusammenschluss freier Träger der Kulturarbeit, würdigt einesteils die Kraftanstrengungen der Stadt für Großprojekte wie das Kraftwerk Mitte, den Kulturpalast oder die Kommunalisierung des Heinrich-Schütz-Konservatoriums. Zugleich beklagen Unterzeichner wie Frank Eckhardt vom riesa efau, Andrea O'Brien vom Literaturhaus oder Magnus Hecht von der Scheune aber, dass diese Großaufgaben zu Lasten der freien Kulturförderung gehen. Statt der in der rot-grün-roten Agenda erwähnten Aufstockung um 5 Prozent müsse nach gegenwärtigem Stand mit Kürzungen gerechnet werden.

Die Vertreter des Netzwerkes nennen eine Kürzungssumme von 250 000 Euro, der Kulturbeirat spricht bei der Projektförderung sogar von Verlusten etwa in Höhe eines Drittels der bisherigen Summen. Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch (Linke) hatte bereits im Oktober eingeräumt, dass die institutionelle und Projektförderung der freien und der Soziokultur eigentlich um eine Million Euro aufgestockt werden müsste. Das Netzwerk Kultur nennt einen Bedarf von zwei Millionen, um sich den tariflich zu zahlenden Vergütungen zumindest zu nähern. Sie berufen sich dabei auf eine Wirksamkeitsanalyse des Kulturamtes von 2014. Die Unterbezahlung der Beschäftigten „grenze an Sittenwidrigkeit", teilt das Netzwerk mit. Ein Sonderfall ist das Societätstheater als vom Finanzressort bezahlte GmbH. Hier soll die vor zwei Jahren erfolgte Aufstockung um 100 000 Euro wieder rückgängig gemacht werden.

Erhöhungen des Kulturetats werden vollständig von den Mieten aufgezehrt, die die Stadt für die Kulturpalastnutzer, TJG, Operette oder Konservatorium zahlen muss

Die freien Träger weisen darauf hin, dass es im Vergleich zu den zwei- und dreistelligen Millionensummen für die Großprojekte um geringe Beträge geht, die aber bei der Struktur und den Auftragsvolumina in dieser Szene von großer Wirkung sind. Schnell sind dann Arbeitsfähigkeit, Öffnungszeiten und Personalbestand gefährdet. Sie erwähnen dies insbesondere mit Blick auf die Bewerbung Dresden als europäische Kulturhauptstadt 2025. „Wenn man die Basiskultur als einen wesentlichen Akteur dieses Vorhabens schon am Beginn des Weges finanziell ihres Handlungsspielraums beraubt, schein man die Bewerbung von vornherein als chancenlos zu bewerten", mahnen sie. Ein solches falsches Signal würde „die Ernsthaftigkeit der Kulturhauptstadtbewerbung auch für Außenstehende in Frage stellen", fügt der Kulturbeirat nicht minder eindringlich hinzu. Die gefährdeten Institutionen fungierten gerade als „Keimzelle der Bürgerbeteiligung". Die Freie Szene sei ein wesentlicher Partner der Bewerbung.

Kulturbürgermeisterin Klepsch hatte bei der Vorstellung des Haushaltentwurfes Anfang Oktober bereits angedeutet, dass sie innerhalb ihres Etats kaum Reserven sieht. Der wird zwar zunächst um zehn, 2018 sogar um 12 Millionen Euro aufgestockt. Doch diese Erhöhungen werden vollständig von den Mieten aufgezehrt, die die Stadt für die Kulturpalastnutzer, TJG, Operette oder Konservatorium bei sich selbst, will heißen bei ihren Töchtern zahlen muss. Ob der Finanzausschuss über die eine Million Aufschlag hinaus, die Klepsch in der Haushaltklausur der Bürgermeister herausgehandelt hatte, noch eine Aufstockung im Kulturhaushalt ermöglicht, erscheint fraglich.